

Erscheint
in allen Werktagen.
Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273.
3110, 2249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Dresden.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 60.—M.
Reklameteil 180.—M.
Für Aufträge aus
Deutschland 4.00 M.
im Reklameteil 12.—M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Pilsudski und die nationalen Minderheiten.

Die Vernunft, der Anstand, das Recht haben gesiegt: der gefährdende Versuch, eine Diktatur der Rechten unter Führung des politischen Faschards Korsanty aufzurichten, ist als gescheitert zu betrachten. Das Misstrauensvotum gegen Pilsudski ist mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt worden, bei 8 Stimmenthaltungen. In lächerlicher Weise sucht die Rechte das Resultat der Abstimmung in Misstrauen zu bringen, als ob es für einen wahren polnischen Patrioten nicht maßgebend sei. In einem Extrablatt berichtete die „Rzeczpospolita“ über den Ausfall der Abstimmung. Sie behauptet, daß der Staatspräsident in Wirklichkeit gar keine Mehrheit bekommen habe, da für ihn nur 187 polnische Stimmen abgegeben worden seien, genau dieselbe Zahl wie gegen ihn. Abzurechnen seien nämlich von den Stimmen der Mehrheit die Stimmen der Juden und der Deutschen. Noch weiter geht der „Kurier Pozn.“, der in seinem heutigen Leitartikel auch noch den Club der Verfassungsfreunde und die polnisch-sozialistische Partei auf Abgeordnete jüdischer Abstammung untersucht. Er findet, daß in beiden Parteien je 4 jüdische Abgeordnete mit gegen den Antrag der Rechten gestimmt haben. So kommt er zu dem Ergebnis, daß 25 Abgeordnete nicht polnischer Nationalität für Pilsudski gestimmt haben, während die öffentliche Meinung der echten Polen gegen ihn sei. Hieran wird angedeutet die Forderung, Pilsudski möge hieraus die Konsequenzen ziehen. Nebenbei sei bemerkt, daß sich in der Bürgerlichen Vereinigung auch ein Deutscher befindet, der gegen Pilsudski gestimmt hat, nämlich der Abg. Fries. Doch das hat nichts weiter zu bedeuten, da die Stimme dieses Herrn nach seiner ganzen Haltung nicht mehr als deutsche Stimme in Betracht kommt.

Zu der Stellungnahme der nationalistischen Presse haben wir folgendes zu merken: Die nationalen Minderheiten sind nach Meinung dieser Blätter also politisch ein Nichts, sie haben gar keine Bedeutung für den Staat, sie fälschen nur die Ergebnisse der Abstimmung und kompromittieren den, für den sie stimmen. Es ist dies nur ein ergötzendes Zeugnis für die Verbohrtheit der Rechtsparteien, die durch ihren un-sinnigen Standpunkt eine absolute politische Unfähigkeit bekunden und uns deutlich zeigen, welche ungeheure Gefahr darin läge, wenn diese Parteien unter Führung eines Abenteurers zur Herrschaft gelangen. Man möchte kaum annehmen, daß große Blätter wie die genannten, so von allem Verständnis für das Wesen eines modernen Nationalitätenstaates entblößt sind, daß sie die Minderheiten jedes Einflusses auf die Wahl und die Ablösung der Regierungsdauer des Staatsoberhauptes berauben will. Will man dies aber nicht annehmen, so wäre die notwendige Folgerung, daß die Nationalisten den Minderheiten in Polen einen eigenen Präsidenten, eine Art Nebenstelle der Staatsleitung zugesetzt haben.

Vernunft und Wahrheit führen zu einer ganz anderen Ansicht. Die Stimmen und das Vertrauen der nationalen Minderheiten fallen sehr schwer ins Gewicht. Sie bedeuten in der Tat ein ungeheures Plus für den, dem sie zufallen. Bekanntlich beträgt die Zahl der Angehörigen der nationalen Minderheiten $\frac{2}{5}$ bis $\frac{1}{3}$ der Einwohner Polens (die Ergebnisse der Volkszählung sind mit Kritik zu betrachten). Ob diese Scharen von Staatsbürgern Vertrauen zum Staatschef haben oder nicht, das dürfte doch von ungeheurer Bedeutung für das Wohl des gesamten Staates als solchen und auch für das Wohl der Volksmehrheit sein. Den Umstand, daß die nationalen Minderheiten hinter Pilsudski stehen, zu einem Minus umzudenken, ist ein Zeichen der größten politischen Unvernunft.

Im Anschluß hieran wollen wir auf den Schluß des letzten Leitartikels des „Kurier. Poz.“ eingehen. Er setzt sich dort mit dem Schluß unseres Leitartikels vom Donnerstag auseinander. Er meint, daß unsere Ausführungen für die Gründe und den Hintergrund charakteristisch seien, auf dem die Unterstützung Pilsudskis durch die Deutschen aufgestanden gekommen sei. Der „Kurier“ meint, daß wir in Pilsudski einzige und allein den Mann schämen, der Polen als die Vorhut der Zivilisation gegen den Bolschewismus führt. Die Mehrheit des polnischen Volkes aber wisse, daß die Rolle eine Art von Schutzwehr gegen die Gefahren vom Osten vielleicht ganz bequem für andere war und ist, sich aber für den polnischen Staat als todbringend erwiesen habe. Das Bewußtsein, daß der Vertreter dieser Richtung eben Józef Pilsudski sei, wofür er übrigens in einer für Polen empfindlichen Weise den Beweis erbracht habe, werde ihm das Vertrauen des wahren Polens nicht einbringen.

Wir erwidern dem „Kurier“ auf diese Ausführungen, daß wir keineswegs einzige und allein aus diesem Grunde Pilsudski schämen. Übrigens dürfte bei näherer Betrachtung der Verhältnisse in Sowjetrußland die Möglichkeit durchaus nicht von der Hand zu weisen sein, daß eine Partei von Ullrath-Kommunisten, welche sogar noch über Trotski hinausgeht, die Herrschaft in Russland an sich reißen könnte. In unserer gestrigen Nummer brachten wir eine Nachricht aus Riga, daß jetzt eine Gruppe unter Führung Dzierżyskis, der von

der Tscheka unterstützt wird, Trotski und Bucharin den Kampf angekündigt habe. Falls nun eine solche Gruppe die Oberhand in Sowjetrußland gewinnt, so bürgt nichts dafür, daß ohne den geringsten Anlaß von Seiten Polens die bolschewistische Flut sich zum zweiten Male nach Westen ergiebt. Ob dann ein Korsanty an der Spitze des Staates steht oder ein Pilsudski, ob die nationalen Minderheiten wahrhaft gleichberechtigte und deshalb auch zufriedene Staatsbürger sind oder nicht, das dürfte wohl einen großen Unterschied ausmachen. Übrigens schämen wir Pilsudski vor allem deshalb, weil wir der Meinung sind, daß er den nationalen Minderheiten ein viel weitgehenderes Verständnis entgegenbringt als die nationalistische Rechte. Pilsudski ist ein ebenso echter Pole und wahrer Patriot als Korsanty, Paderewski und Drapczyński, ja infolge seiner echt demokratischen Gesinnung dient sein Wirken in weit höherem Grade den Interessen des polnischen Staates und Volkes als das jener Männer. Wir sind der Ansicht, daß nur die manigfachen Hemmungen und Bindungen, die die Staatsverfassung dem Staatspräsidenten in den Weg legt, Pilsudski bisher verhindert haben, Vernunft und Willigkeit in der Behandlung der nationalen Minderheiten zum Siege zu führen. Aus diesem Grunde und in dieser Annahme haben wir ihn unterstützt und werden wir ihn unterstützen.

Die Verteilung der Stimmen bei der Mittwoch-Abstimmung.

In der Mittwoch-Sejmssitzung haben sich bei der Abstimmung über den Antrag, der die Erteilung eines Misstrauensvotums an den Staatspräsidenten beantragt, folgende Abgeordnete der Stimmen enthalten: der Sejmsschall und Korsanty; vom Verfassungsklub: Halban, Gałek, Klemicki, Serwaciewski und Wysocki; von der Bürgervereinigung: Rosset; von der Kath. Volkspartei: Matwiejewicz und Majcher. Für den Antrag stimmten: der Nat. Volksverband, die Christlichdemokraten, die Nationalchristliche Volkspartei, die Nat. Volksvereinigung, die Bürgerliche Vereinigung und die Katholische Volksvereinigung; gegen den Antrag stimmten: die Polnische Volkspartei, die Linken der Polnischen Volkspartei, der Verfassungsklub, die Wyżownica-Gruppe, die Nationale Arbeiterpartei, die Sozialisten, die Volkspartei, die Juden und die Deutschen. Abwesend waren: von der Linken 9, von der Rechten 7 Abgeordnete.

Nach dem sturmischen Mittwoch.

Der sturmische Mittwoch ist vorüber. Die Rechte hat mit ihrem für den polnischen Staat gefährlichen Antrag Schiffbruch gelitten. Und doch hätte man sich ein noch besseres Ergebnis der Abstimmung gewünscht. Die Abgabe der Stimmen der Abgeordneten der Stukli-Gruppe, der Bürgerlichen Vereinigung und der Katholischen Volkspartei für den Antrag der Rechten soll in Linkskreisen Entzürnung herverufen haben. Die verbreiteten Gerüchte über einen angeblichen Rücktritt des Staatspräsidenten haben sich als falsch erwiesen. In den Nachmittagsstunden hielten die Abg. Stukli, Stępień und Rosset eine gemeinsame Beratung ab, um einen Ausweg aus der geschaffenen Lage zu finden. Der Abg. Stępień soll erklärt haben, daß der Verfassungsklub die Initiative in die Hand genommen habe, aber sehr schwere Arbeit habe, weil alles von Stukli abhänge. Der Abg. Witos hatte eine längere Beratung mit Stępień und Barlicki über die Lage und die Frage, das Zentrum in die Verständigung einzubeziehen. Der Nationale Volksverband, die Christlichdemokraten und die Nationalchristliche Volkspartei hielten am Nachmittag eine Sitzung ab, in der die Lage und die in Zukunft angewendete Taktik erörtert wurden. Die drei genannten Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß erst die Verfassungsfrage des Kabinetts Korsanty entschieden werden müsse. Der Abg. Stępień soll auf eine Frage, ob ein parlamentarisches Kabinett möglich sei, erklärt haben, daß es bei gutem Willen möglich, daß er aber bestimmt sei. Das wichtigste Ereignis des gestrigen Tages ist folgendes: Der Abg. Stępień hat auf den Vorschlag der Linken bezüglich der Bildung einer Regierung Link-Links-Mitte im Namen der Nationalen Volksvereinigung folgende Antwort erteilt:

Die Mitte übergibt der neuen Mehrheit die Initiative.

Auf den Vorschlag der Bildung einer Regierung Link-Mitte teilte die Nationale Volksvereinigung mit: 1. Da wir die Unterzeichnung der Nominationsliste des Kabinetts Korsanty als Staats- und Verfassungsnwendigkeit ansehen, können wir entgegen diesem Standpunkt an der Aktion der Verurteilung eines neuen Ministerpräsidenten keinen Anteil nehmen. Zweitens angehört der Ablehnung des Antrages über die Erteilung eines Misstrauensvotums an den Staatspräsidenten durch die Mehrheit des Sejm und die dadurch bedingte Approbation der Ablehnung der Unterzeichnung der Nominationsliste Korsanty durch diese Mehrheit sind wir der Meinung, daß dieser Mehrheit und nicht uns die Aufführung eines neuen Präsidenten obliegt. Drittens im Falle, daß die gegenwärtige Mehrheit die Designierung eines neuen Ministerpräsidenten herbeiführt und dieser die Bildung einer Fachregierung und einer politisch aufrüttelnden Regierung anstreben wird, dann werden wir den Verhandlungen über die Mitarbeit in den Grenzen der staatlichen Notwendigkeiten nicht fernbleiben.

Eine bedeutsame Erklärung des Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident hat einem hervorragenden Politiker auf dessen Bitte, seine Meinung über die Lösung der gegenwärtigen Krise zu äußern, folgende Antwort erteilt: Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß der eine Teil des in zwei Hälften geteilten Sejm, der nur einige Stimmen mehr zählt, die Minderheit majorisiert. Als Staatspräsident darf ich einzige und allein einen Kompromißstandpunkt einnehmen und werde bei den so erzielten Verhältnissen keine Majorisation zulassen. Ich habe nicht die Rechte unterstützt und würde auch die Linke nicht unterstützen, selbst wenn es ihr gelingen sollte, einen eine so unbedeutende Mehrheit umfassenden Block zu bilden wie die Rechte.

Die Lodzer Berufsverbände und der Stadtpräsident gegen Korsanty.

Nach Meldungen der Lodzer Presse fand am Dienstag im Lokal der Stadtverordneten eine Konferenz der Verwaltungen aller professionellen Verbände sowie Fabrikdelegierten statt, die einberufen war, um anlässlich der Designierung Korsantys zum Ministerpräsidenten zur gegenwärtigen politischen Lage entsprechende Stellung zu nehmen. Die Konferenz eröffnete Herr Kaczyński, worauf zum Vorsitzenden Herr Jasienski gewählt wurde.

Zunächst ergriff Herr Kaczyński das Wort, der feststellte, daß gegenwärtig eine Situation geschaffen wurde, die darauf hindeutet, die Regierungsgewalt in die Hand der Reaktionäre zu bekommen, was ganz besonders für die Arbeiterklasse gefährlich sei, die dadurch alle ihre bisherigen Errungen verlieren kann. Die Reaktion strebt nach der Übernahme der Regierung, um die künftigen Wahlen zu fälschen und die Arbeiterklasse zur Entsendung ihrer Repräsentanten in den Sejm nicht zu lassen. Der Meinung des Redners nach müssten alle Arbeiterorganisationen zusammen mit den Volksminderheiten den Zielen der Reaktion entgegentreten und auf der Hut sowie bereit zum Kampfe sein. Der Referent erläuterte ferner, daß die Bezirksverwaltung der Kommission sich an die polnischen Arbeiterverbände „Praca“ mit der Anfrage gewandt habe, welche Stellung letztere angehört der gegenwärtigen politischen Lage einzunehmen. Es wurde daraufhin geantwortet, daß die „Praca“-Verbände ihrerseits gleichfalls fest entschlossen seien, sich den Machenschaften der Reaktion energisch entgegenzustellen und deshalb beschließen, für Sonnabend einen Proteststreik zu proclaimieren, falls Korsanty bis dahin nicht erledigt sei. Zum Schluß machte der Referent noch bekannt, daß auf der Sitzung der Bezirksverwaltung des Ausschusses der Berufsverbände beschlossen wurde, am Sonnabend, dem 29. d. Mts., einen allgemeinen Proteststreik mit gleichzeitiger Schließung aller Kaufsläden zu proclaimieren.

Daraufhin entwickelte sich eine längere Diskussion, während der die einzelnen Redner auf die Notwendigkeit, zum Selbstschutz zu greifen, hinwiesen. Es mußte entschieden zum letzten Mittwoch, d. h. zum Generalstreik gedrängt werden, da andernfalls, sobald Korsanty die Zügel der Regierung ergriffen haben werde, es bereits zu spät zu sein scheine. Gleichfalls fest entschlossen seien, sich den Machenschaften der Reaktion energisch entgegenzustellen und deshalb beschließen, für Sonnabend einen Proteststreik zu proclaimieren, falls Korsanty bis dahin nicht erledigt sei. Zum Schluß machte der Referent noch bekannt, daß auf der Sitzung der Bezirksverwaltung des Ausschusses der Berufsverbände beschlossen wurde, am Sonnabend, dem 29. d. Mts., einen allgemeinen Proteststreik mit gleichzeitiger Schließung aller Kaufsläden zu proclaimieren.

Mittwoch ergriff Stadtpräsident Rzewski das Wort. Redner wies darauf hin, daß der Kampf mit der Reaktion gegenwärtig in allen Ländern Europas eingeleitet habe. In Deutschland, ebenso wie in Italien haben die Arbeiter den Kampf mit der Reaktion aufgenommen. In Serbien ist ein Gesetz gegen die Kommunisten eingeführt worden, und unter dem Deckmantel dieses Gesetzes werde die sozialistische Arbeiterbewegung unterdrückt. In Ungarn vielen sich wahre Kampfsorgeln an, die einzige und allein gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Als Beweis, daß die Reaktion der ganzen Welt den Kampf mit der Arbeiterklasse aufgenommen habe, diene die Tatsache, daß die Reaktionäre aller Länder unlangst eine Konferenz abgehalten haben, auf welcher die Überzeugung zum Ausdruck kam, daß die Arbeiterklasse sich in der Widerstand befinde. Auf Grund dessen kam die Reaktion zu dem Schluß, daß Steuer der Regierung an sich zu reißen. Dieser Moment sei gefährlich herangeführt und das gesamte Proletariat müsse zum Schluß seiner Rechte sich wie ein Mann erheben. Die Arbeiterklasse in Polen sei gezwungen, sich einen Bundesgenossen zu suchen, und zwar sei dies der Bauer.

Was die Person Korsantys betrifft, so ist Redner der Meinung, daß dieser Mann für Polen zuerst gefährlich sei. Korsanty besitzt keine feste politische Überzeugung, habe seine politische Parteidhörigkeit sehr oft gewechselt und seinerzeit sogar Zeitungsunternehmen an unfreie Feinde verkauft. Heute sieht er an der Spitze einer polnisch-französischen Firma und sei nach Kräften bemüht, unsere Bahnen, Salinen, Raffinerien usw. fremden Kapitalisten anzuliefern. Charakteristisch sei der Fall, daß Korsanty während des Plebisizits in Oberschlesien eine Deputation an die polnische Regierung gesandt habe, worin er die Übersendung von größeren Geldsummen forderte, wobei er mit dem Verrat polnischer Staatsgeheimnisse an die Koalition drohte. Während der oberschlesischen Feierlichkeiten bildete Korsanty eine Kampforganisation, und das Resultat war ein Blutvergießen der Arbeiter. Präsident Rzewski hob im weiteren Verlaufe seiner Rede hervor, daß er während der oberschlesischen Volksabstimmung sich gemeinsam mit einem Vertreter der polnischen Presse zu Korsanty begeben habe, jedoch von diesem mit beleidigenden Worten und gegen die polnische Regierung gerichteten Verleumdungen empfangen wurde. Nach Meinung des Redners sei Korsanty nicht Kandidat für den Posten eines Ministerpräsidenten Polens, sondern eher ein Kandidat für den Galgen. Ferner weiß der Redner darauf hin, daß die Reaktion eine Geheimorganisation geschaffen habe, die unter dem Deckmantel eines wahren Patriotismus in der Gestalt der Gesellschaft „Rozwój“ auftrate und Deute vom Schlag eines Hammer an der Spitze habe. Die Früchte der Tätigkeit dieser Gesellschaft ließen nicht lange auf sich warten: in Wina kam es zu Blutvergießen und bei einer wäre dies auch in Kalisch der Fall gewesen. Der Präsident schloß mit dem Aufruf: „Nieder mit Korsanty!“, in welchen auf sämtliche Versammlungen einstimmten. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die Konferenz der Delegierten der Verwaltungen der Klassenverbände sowie der Fabrikdelegierten, welche auf Initiative der Bezirkskommission der Berufsverbände im Soße der Stadtverordneten abgehalten wurde, faßte nach Besprechung der polnischen Situation im Zusammenhang mit den Plänen der polnischen Reaktion mit Korsanty an der Spitze, darauf abzielend, die Regierungsgewalt an sich zu reißen, nachstehenden Schluß:

1. Am Sonnabend, den 29. d. Mts., um 12 Uhr mittags, einen allgemeinen Proteststreik in Lodz gegen die nationaldemokratische Plastia mit Korsanty an der Spitze zu proclaimieren. 2. Einen großen Arbeiter-Demonstrationzug vom Bodniw Rynek bis zum Plac Wolności (Roter Ring) zu veranstalten. 3. Sämtliche Arbeiter und Einwohner der Stadt Lodz ohne Unterschied der Religion und Nationalität zu reger Teilnahme am Streik und an der Demonstration aufzufordern. — Die Konferenz drückt den heißen Wunsch aus, daß am Streik und Umzug die politischen Arbeiterparteien sowie sämtliche übrigen politischen Parteien, welche sich mit dem Lager des Reaktionärs Korsanty nicht solidarisierten, teilnehmen.

Pressstimmen zur Ablehnung des Misstrauensvotums.

Die Ablehnung des Misstrauensvotums für den Staatspräsidenten findet in der polnischen Presse einen starken Widerhall. Die unterlegenen Rechtsparteien kritisieren mit den Böhnen, die Linke ist natürlich mit dem Abstimmungsergebnis zufrieden.

Der „Kurier Poznań“ schreibt in seinem Leitartikel in der Nr. 170, den er „Pyrrhus Sieg“ betitelt, folgendes: „Mit einer Mehrheit von kaum 17 Stimmen ist gestern der Antrag der Rechten, der die Erteilung eines Misstrauensvotums an Piłsudski fordert, abgelehnt worden. In der Zahl der 205 Stimmen, die sich gegen ihn ausgesprochen haben, gehören 17 Stimmen der jüdischen und der deutschnationalen Fraktion. Außerdem hat der Verfassungsklub vier Abgeordnete jüdischer Abstimmung (Steinhaus, Kolschitzky, Loewenstein, Rauch), und auch die Sozialisten haben vier (Diamand, Perl, Liebermann, Marek), so daß 25 Stimmen mit nichtpolnischer Nationalität gegen den Antrag der Rechten gestimmt haben. Wenn man dabei bedenkt, daß sich einige Abgeordnete der Abstimmung enthielten, und daß auch der Marschall Trampczynski und der vom Hauptausschuß zum Ministerpräsidenten designierte Abg. Korsanty sich der Abstimmung enthielten, die dadurch beide den Beweis für ihre Unparteilichkeit und ihr politisches Aufstandsgefühl gegenüber einem Manne erbrachten, der dadurch berührt ist, daß er seine persönlichen Freunde und Mitarbeiter mit Regierungsposten betraut, dann können wir sagen, daß sich die überwiegende Zahl der polnischen Abgeordneten für das Misstrauensvotum erklärt haben, das eigentlich nur formell gefallen ist, aber im politischen Bewußtsein der polnischen Nation verbleibt. Ihr wird also, wie wir das schon gestern betont haben, das endgültige Urteil auflaufen.“

Im Folgenden berichtet der „Kurier“ von „unzähligen“ Telegrammen angeblich aus allen Schichten des Volkes, die sich für Korsanty und gegen Piłsudski aussprechen, und fährt dann fort: „Und diese Stimme des Volkes, gejund und rein, schallt um so fräufiger, je lauter der Mission der Deutschen und jüdischen Stimmen bei der Sejmabstimmung läuft.“

Es kommen zuweilen Siege vor, die zugleich eine moralische Niederlage sind. Ein solcher Sieg ist der geistige „Triumph“ Josef Piłsudskis. Eine moralische Pflicht ist es dann, aus der tatsächlichen und nicht nur der formellen Sachlage die Konsequenzen zu ziehen. Es scheint, als ob der Staatspräsident den Ruf des Abg. Skarzyński nicht gehört hätte! Und deshalb zweifeln wir daran, ob er ihn heute hören und verstehen wird. Daraus ergibt seine Absicht, sich nach Krakau zu den Militärfeierlichkeiten anlässlich des Jahrestages — des Beginns der Waffenaktion der Legionen auf Seiten der Deutschen und Österreicher — zu begeben. Aber unter seiner Führung!! Und das scheint ihm zu genügen!

Die durch die Abstimmung geschaffene Lage ist noch unklar genug. Die Linke drängt gegenwärtig, wie es scheint, zur Verwirklichung ihres Plans der Bildung einer Zentrumsgouvernement, wobei in dieser Aktion der Verfassungsklub die Hauptrolle spielen soll, wahrscheinlich als Lohn für seine höchste Unterwertheit. Ein bestimmtes Licht auf die Pläne der Linken wirft auch die Erklärung für die Wiederaufnahme des Antrages, der eine ernste Revision des Beschlusses vom 16. Juni betrifft, was auf ihre unverminderte Absicht hindeutet, die Macht in die Hände des Staatspräsidenten zu übergeben. Jedenfalls stehen die betreffenden Kombinationen bisher noch nicht fest. „Ich habe aus Frankreich“, — schreibt in der letzten Nummer des „Journal de Pologne“ Frédéric Delagrange —, „viele Briefe bekannter Politiker erhalten, die von mir etwas über die Lage zu erfahren wünschten. Ich habe mich bewußt, sie ihnen, so gut es ging, Parziale zu geben. Die Wahrheit bestätigt jedoch in der Antwort, daß sie trotzdem den Grund nicht versteht, warum dies alles geschieht. Und gerade dieser allgemeine Eindruck der Ungewissheit beherrscht nach Ihnen das Ausland.“ Dieser „Grund“, den das an rechtlich geordnete und verfassungsgemäßige Verhältnisse gewohnte Ausland nicht verstehen kann, liegt aber in dem verfassungswidrigen und eigenwilligen Verhalten des Staatspräsidenten, das man wirklich schwerlich als Ausfluss eines einigermaßen rechtlichen Denkens rechnen kann. (Wir haben im Letzteren gezeigt, was es mit dem „rechtlichen Denken“ der Nationalisten auf sich hat. D. Red.) Die polnische öffentliche Meinung dieser rezipiert natürlich einzig und allein — „Kurier Poznań“ und „Kurier Poznański“. D. Red. ist sich dessen schon seit langem bewußt geworden und hat ihren Ausdruck eben in dem Antrage gefunden, der die Erteilung eines Misstrauensvotums an den Staatspräsidenten beantragt. Dieses Misstrauen bezieht sich auf alles, was in unserer Politik unklar, trübe und unberechenbar ist (Für all dies soll der Staatspräsident also allein verantwortlich sein!) Das ist die Gerechtigkeit — des „Kurier. Poznań“. D. Red., und was uns bei der Abstimmung der politischen Fakten in Europa zu einem höchst ungewissen Faktor macht, dessen Pläne nicht nur keine europäische Großmacht begünstigt, sondern den manche von der politischen Bühne überhaupt beseitigen möchten. Das kann nur die letzte Folge unserer Politik sein, wenn es uns nicht gelingt, das diesen Stand der Dinge verursachende Grundelement zu besiegen. Wir müssen es also in sich bezwingen. Im Folgenden geht

der „Kurier“ auf unseren Leitartikel von Donnerstag ein. Seine Ausführungen haben wir schon oben gebracht und zu ihnen Stellung genommen.

Hören wir nun die Gegenseite! Der „Robotnik“ vom 27. d. Ms. führt zur Krise folgendes aus: „Die reaktionären Aufwiegler haben eine Niederlage erlitten. Der Angriff der dunklen Elemente, die sich unter den Fahne der Gabiński, Dubanowicz und Czerniewski, mit dem Segen der Geistlichen Teodorowicz und Utośkowski versehen, versammelten, wurde abgeschlagen. Die Demokratie errang den Sieg. In dem Kampfe, der sich aus dem gegenwärtigen Sejm in die Arena der Wahlkämpfe zum neuen Sejm übertragen wird, spielt sich gestern eine dramatische Szene ab, die die heftigsten Leidenschaften entfachte. Symbol der einen Seite war die Person Josef Piłsudski — der Gegenseite die Person Bolesław Korsanty. Nach fast vierjähriger Unterwürfung der Autorität des Staatspräsidenten, nach feigen unterirdischen Angriffen, frechen Überfällen, nach einem Verleumdungsfeldzug in der Presse ohnegleichen trat die Reaktion endlich offen auf und sagte deutlich, worum es geht. Sie erhält eine unzweideutige Antwort. Es wäre überflüssig, noch einmal darauf hinzuweisen, was uns nach dem Sturz Piłsudskis die Regierungen Trampczynskis und Korsantys gebracht hätten. Die Ablehnung des Antrages der Nationaldemokratie bestätigt nicht nur die Gefahr der Befreiung des Staatspräsidentenpostens durch einen Vertrauensmann der Rückstaparteien, sondern liquidiert endgültig den Plan des Abg. Korsanty und wird Polen vor dem Grauen seiner Regierung beschützen. Gegenwärtig ist der Weg für die schnelle Bildung einer demokratischen Regierung, einer unparteiischen Regierung geöffnet, einer Regierung, die sich des Vertrauens der weitesten Massen der Sejmmeinhheit und des Staatspräsidenten erfreut; dieses um so mehr, weil sie, wie man nach dem Verlauf der gestrigen Beratungen im Verfassungsausschuß annehmen darf, eine Mehrheit für den Antrag der Sozialdemokraten über die Änderung der zweideutigen Beschlüsse bezüglich der Designierung des Ministerpräsidenten durch den Hauptausschuß finden wird. Die Tage des Verfassungsgelöbenden Sejms sind schon gezählt. Nach Bildung der neuen Regierung, nach Annahme der Wahlordnung und der Erledigung einiger der wichtigsten laufenden Angelegenheiten wird der Sejm seine Arbeiten abschließen. Wir werden in den Zeitraum der Wahlen eintreten, die nicht in einer Atmosphäre der Gewalttätigkeiten, der Korruption und der Rechtslosigkeit durchgeführt werden, deren sich die Regierungen Trampczynskis und Korsantys bedienen würden, sondern in einer Atmosphäre der Unparteilichkeit und der Loyalität gegenüber dem Recht, die uns der gestrige Erfolg der Demokratie sichert.“

Es gab stürmische Sejmstürme. Der Sejm berät seit einigen Monaten in einem Zustand der Erregung und unter dem Beleben des Kampfes zweier Lager. Gestern war aber die Sejmstürme ausnahmsweise bedrohlich. Gestern ereignete sich der in der Geschichte des Sejms unerhörte Vorfall, daß die nationaldemokratische „Straße“ die Stimme ergriff, daß sie mit Ausschreitungen von Landstreichern ihren Standpunkt zur Unterstützung der nationaldemokratischen Politiker betonen wollte, die von der Sejmtribüne sprachen. Die Rolle eines Kain übernahm der Abg. Głąbiński, dem, als er dem Staatspräsidenten Mißachtung des Rechts vorwarf, die ganze Linke mit einer herlichen Kundgebung zu Ehren Piłsudskis antwortete. Der Abg. Głąbiński bemühte sich, blau und verwirrt, mit einem erzwungenen Lächeln auf den Lippen, nicht über den Rahmen des Antrages der Nationaldemokraten hinzuzugehen. Der Abg. Witold, der sich mit ihm in keine Aussprache einließ, verlas mit fester und männlicher Stimme die gemeinsame Erklärung der Linken. Die Rechte hatte nicht den Mut, den Redner zu unterbrechen, und nur der Sejmpräsident fühlte sich von dem schärfen, aber berechtigten Ton der Erklärung getroffen. Für die Dreinglichkeit stimmte die gesamte Kammer. Man trat in die meritotische Prüfung des Antrages ein, und hier hatte der Abg. Dubanowicz, wie zu den traurigen Nutzen, mit einer längeren Ansprache gegen den Staatspräsidenten aufzutreten — derselbe „Professor“ Dubanowicz, auf dem der Vorwurf der Verfassungsfälschung lastet, der Vorwurf des höchsten Verbrechens, dessen ein Geflegeberfähig ist, und ein solcher Abg. Dubanowicz, der in einer achtunggebietenden Versammlung die Stimme erheben durfte, ist von der Rechten beansprucht. Anklagen über die Unrechtmäßigkeiten Josef Piłsudskis zu erheben, und es ist kein Zufall, daß gerade während der Ansprache des Abg. Dubanowicz die bestohlenen Landstreicher der Nationaldemokraten von den Galerie ein Paket mit Stinkbomben auf die Sitz der Linksparteien warfen. Herr Dubanowicz repräsentierte die Ränklinie der Reaktion auf der Sejmtribüne, und seine Anhänger waren von der Galerie mit Stinkbomben, um den Geruch der Ränklinie in der gesamten Kammer zu verbreiten.

Eine gehässige Neuerung Korsantys über Piłsudski.

Der „Kurier Powiatowy“ schreibt folgendes: „Es war im August 1920 während der Offensive der Bolschewisten gegen Warschau,

Jeden Tag versammelten wir uns im Zimmer der Pat.-Agentur, um die Kriegsberichte anzuhören. Einmal traf auch Herr Korsanty ein. Er befand sich wieder einmal in niedergedrückter Stimmung. Damals tobten gerade die Kämpfe bei Radzymin. Die Lage schien hoffnungslos. Und was, so fragte einer der Anwesenden Herrn Korsanty, soll werden? Warschau wird heute oder morgen fallen. Es ist alles zu Ende. „Ich passe als erster meine Sachen und fahre nach Westen,“ so lautete die Antwort des obersten Abstimmungskommissars. „Vorher werde ich noch nach Warschau telegraphieren, damit sie diesen Herrn Piłsudski hängen lassen.“

Paderewski's Europareise.

Paris, 28. Juli. „Chô national“ veröffentlicht eine kurze Unterredung mit Paderewski, der erklärte, daß seine Reise nach Europa einen völlig privaten Charakter trage. Paderewski gab weiter Auskünfte über die sich in Polen abspielenden Vorgänge und erklärte, daß er lieber auf die Erteilung von Informationen verzichte, als ungern geben wolle. Die Ankunft Paderewskis in Polen wird in keinem Falle vor September erfolgen.

Sejm.

Sitzung vom 27. Juli.

Warschau, 28. Juli.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Angelegenheiten traten man in die weitere Abstimmung über die Wahlordnung ein. Es folgte die Annahme einiger kleiner Änderungen und der Bericht des Verfassungsausschusses über den Regierungsentwurf für die Geschäftsförderung der Nationalversammlung, die den Staatspräsidenten wählen soll. Berichterstatter war der Abg. Włodzimierz Głąbiński. Seine Ausführungen hatten folgenden Wortlaut: Der Ausschuß nahm den Regierungsentwurf mit nur einigen kleinen Änderungen an, und zwar: Er vervollständigte ihn durch Bestimmungen, die besonders der französischen Nationalversammlung entstammen, um eine Lage unmöglich zu machen in die der Staat hineinverfällt würde, wenn infolge verschiedener Umstände, die in der Geschäftsförderung vorgesehen sind, die Wahl des Präsidenten sich als unmöglich erwölfe. Verschiedene Vorschriften des Verfahrens werden eingehend durch kleine Bestimmungen geregelt. Dann umfaßt das Gesetz den Präsidentenwahlkampf und die Niederlegung anderer von ihm ebt. geführter Amt und Mandate. Darauf wurde die Übergabe der Macht eines Präsidenten an seinen Nachfolger in folcher Weise wie in Frankreich vorgesehen, wobei das Organ, das dem neuen Präsidenten seine Wahl mitteilt, der Ministerrat als Oberhaupt der unmittelbar vollziehenden Gewalt ist. Auf diese Weise macht das Gesetz alle Überraschungen unmöglich, dies um so mehr, weil in zweifelhaften Fällen gemäß Art. 27 die Geschäftsförderung des Sejms angewendet werden muß. Das Gesetz wurde ohne Aussprache en bloc in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf legte der Abg. Mieczkowski einen Bericht des Rechtsausschusses über die Ratifizierung des polnisch-deutschen Vertrages bezüglich der Amnestie im oberschlesischen Abstimmungsgebiet vor. Das Gesetz wurde ebenfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Godlewski sprach die Novelle zum Gesetz über die Dienstpragmatik. Es zeigte sich hierbei, daß verschiedene Vorschriften des Gesetzes über die Pragmatik nicht genügend klar ausgedrückt sind, darum erläuterte der Ausschuß die Notwendigkeit, dieser von der Regierung vorgelegten Novelle an.

Abg. Smulikowski (Poln. Soz. Partei) bemerkte, daß Tausende von Beamten mit Schrecken das Gesetz über die Dienstpragmatik erwarteten. Die Regierung brachte den Entwurf der Pragmatik schon am 31. Januar 1921 ein. Heute schreiben wir den 27. Juli 1922. Es sind also 18 Monate vergangen und der 19. Monat begann. (Eine Stimme auf der Rechten: Es wird auch noch der 20. beginnen!)

Darauf wurde in die weitere Abstimmung über die Wahlordnung eingetreten. Angenommen wurden die Änderungen der Kommission zum Art. 90 und 94 (System de Hondt) und die Verbesserung des Ausschussontrages zum Art. 97.

Abg. Niedziakowski (Poln. Soz. Partei) stellte im Namen der Polnischen Volkspartei, der Blätterpolen-Gruppe, der Poln. Soz. Partei, der Socipolitik-Gruppe, der Nationalen Arbeiterpartei und des Klubs für Verfassungsarbeit einen Antrag um Wiederaufnahme des Beschlusses bezüglich der Zahl der Mandate zum Sejm und zwar, daß nicht 444, sondern 448 Abgeordnete gewählt werden sollen und daß man den Kreisen Bielska Podlaski, Radom, Przemysl und Posen-Land ein Mandat zuteilen solle. Der Marschall erklärte dem Abg. Niedziakowski, daß die Wiederaufnahme möglich sei, wenn man ihm vor der Abstimmung einen Antrag vorlegt, der durch die unverfehlbare Sejmmeinhheit unterzeichnet ist. Er erhält jedoch ein Schreiben, wo er zwar die Namen der unten angeführten Parteien, aber keine Unterschriften vorfindet. Zahlreiche Abgeordnete treten zur Tribüne zwecks Unterzeichnung. Der Marschall ordnet eine Unterbrechung von 10 Minuten an.

Abg. Klemensiewicz (Poln. Soz. Partei) macht an der Tribüne irgendeine Bemerkung. Marschall: Verhalten Sie sich

Er blickte nicht nach der Seite, wo Melitta stand, sondern geradeaus in die Ferne.

Sie aber duckte sich plötzlich schaudernd, tiefer in die Tasche gebückt und starre entsetzt auf das bleiche, eben noch so freundlich lächelnde Gesicht, das nun einen Ausdruck wilder Wut, so schrankenlosen Hasses trug, wie Melitta ihn nie zuvor in einem Menschen Antlitz gesehen hatte.

Wem galt beides?

Und plötzlich begriff sie: Prosper, Prosper galt es, der gestern noch durch seine Heirat in Ungnade bei Herrn von Senkenberg stand und jetzt seinen alten Platz als Lieblingsneffe wieder einnahm.

Sie lugte sie noch einmal nach Lavandal.

Ja — es konnte nur das sein. Und — es war ein läblicher Hof.

Was sollte sie tun? Prosper warnen? Ihm sagen, wessen dieser Mann fähig war? Aber würde er ihr denn glauben? Hatte sie nur den allerkleinsten Beweis? Siehe es nicht vielmehr Lavandal warnen?

Nein. Nur Hempel sollte es erfahren, und das so rasch als möglich. Gleich morgen wollte sie selbst nach Prachatz. Plötzlich fiel ihr ein, wie sie Herrn von Lavandal am Maguersteinbruch aus der Hütte treten und sich jäh während umsehen gesehen hatte. Hattie wirklich nur ein Zufall hingeführt?

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Einstein und der Völkerbund. In dem Ausschuß des Völkerbundes, der die internationale geistige Verbindungen organisieren soll, sollte Deutschland durch Professor Einstein vertreten werden. Dieser teilt nun mit, daß er nicht beabsichtigt, an den Verhandlungen teilzunehmen. Einstein hat einem französischen Kollegen geschrieben, er sei über den Nord an Nansenau, dessen persönlicher Freund er war, so niedergeschlagen, daß er es vorziehe, überhaupt nicht mehr an irgend welchen politischen Aktio-

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.

Amerikanisches Copyright 1918 by Greiner u. Co., Berlin W. 20.
(54. Fortsetzung.) Nachdruck untersagt.

„Hast Du mich jetzt ein bißchen lieb, Onkel?“

„Ja! Muß man nicht?“ murmelte er. „Du hast die Macht der Glücklichen —“

„Dann komm mit mir und sage es Prosper selbst — sonst glaubt er mir doch nicht! Weißt Du was? Wir wollen sie jetzt beide Arm in Arm am Frühstückstisch überraschen!“

„Eben darum! Gegen Weiter Lavandal warst Du bisher auch gar nicht nett — da geht es jetzt in einem hin. Denke nur — die Gesichter! Prosper hat ja nicht die leiseste Ahnung, daß ich hier bin!“

Er wollte sich sträuben, aber unwiderstehlich wie das Schicksal selbst zog sie ihn mit sich fort, und ehe er recht zur Besinnung kam, standen sie auf der Gartenterrasse, wo Fräulein Renate eben ihren Kaffee in die Tassen goß. — — —

Die Silberkanne wäre ihren Händen auf ein Haar entfallen bei dem Anblick, der sich ihr so unvermutet bot.

Staunen und Verblüffung waren so groß, daß einen Augenblick lautlose Stille herrschte.

Dann war es Prosper, der den beiden mit einem Jubelschrei entgegenstürzte.

Melitta wartete vergebens auf Lisas Rückkehr. Als sie begriff, daß die Kleine sie ganz einfach vergessen hatte, schritt sie lächelnd in der Richtung gegen das Schloß zu.

Es ist ihr also doch gelungen, dachte sie, sonst hätte sie mich wohl geholt. Nur die Glücklichen vergessen so gründlich —

Ihr Weg führte sie nach einigen Biegungen seitwärts an die Terrasse. Schon von weitem hörte sie Lisas Lachen und Prospectors tiefe Stimme.

Deutschlands Verarmung.

Schließung des Berliner Zoologischen Gartens.

Wichtig! Abg. Klemensiewicz: Was soll das heißen? Er schlägt dabei mit der Faust auf den Tisch. Ein ungeheure Lärm entsteht auf der Rechten. Nach einer Unterbrechung von 10 Minuten eröffnete der Vizmarschall Osteki die Sitzung und erklärte, daß ein Antrag über Schluß der Sitzung angesichts der späten Stunde eingereicht worden sei. Diesem widerseit sich der Abg. Mataj, der die Beendigung der Abstimmung über die Wahlordnung forderte.

Abg. Skulski erklärte, daß man die Schließung der Sitzung nicht wegen der späten Stunde, sondern wegen der Bekleidung des Marschalls durch einen Abgeordneten beantragt habe.

Abg. Mataj erachtet es für ungemein wahrscheinlich, daß die Angelegenheit der Bekleidung des Marschalls so erledigt werden müsse, wie dies die Ehre der Kammer erfordert. Dieses hindert jedoch nicht die Beendigung der Abstimmung über die Wahlordnung, da es keinen Übergang zur Tagesordnung bezüglich der Bekleidung des Marschalls bedeutet. Die Wahlordnung interessiert das ganze Reich.

Abg. Tatoslawski: Die Ehre des Sejm interessiert das Reich ebenfalls.

In der Abstimmung wurde der Antrag über Weiterberatung mit 16 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Eingebracht wurde noch der Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbandes bezüglich der Ausdehnung des österreichischen Gesetzes über ganz Polen, welches die Strafvorschriften über die Freiheit der Wahlversammlungen betrifft. Der Antrag wurde dem Ausschuß überwiesen.

Die nächste Sitzung findet heute um 11 Uhr vorm. statt.

Verhandlungen der Ausschüsse.

Warschau, 28. Juli. In der Sitzung des Verfassungsausschusses am Mittwoch wurde mit 16 gegen 15 Stimmen der Antrag des Abg. Liebermann in der Angelegenheit des Artikels 8 der kleinen Verfassung angenommen. Nach diesem Antrag steht das Recht der Designierung der Person des Ministerpräsidenten, seine Ernennung und die Ernennung anderer Minister auf dessen Antrag nur dem Staatspräsidenten zu. Die Verständigung mit dem Sejm soll auf die Weise erzielt werden, daß der Staatspräsident vor Einberufung der Regierung die Meinung des Marschalls und die der Sejmparteien einholt. Über diesen Antrag soll ein Unterausschuß beraten, der sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzt. Der Ausschuß soll seine Arbeiten im Verlaufe dreier Tage beenden.

Der Rechtsausschuß prüfte in weiterer Folge den Entwurf über den Mieterkredit und nahm mit umbedeutenden Änderungen in dritter Lesung die Artikel 5 bis 10 dieses Gesetzes an, die die freiwilligen Verträge, den Mietzettel der Mieter und der Vermieter behandeln. Bemerkt muß werden, daß vor Beginn der Sitzung des Abg. Liebermann von der poln. Soz. Partei einen Antrag einbrachte, nach dem der Rechtsausschuß im Hinblick auf die andauernde Kabinettsskrise keine Beratungen abhalten solle. Der Antrag wurde in der Abstimmung mit bedeutsamer Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Wasserausschuß nahm den Artikel 12 des ersten Teiles des Wassergerichtswesens bezüglich des Wassereigentums an. Den Vorsitz führte Abg. Haasner (poln. Soz. Partei). Berichterstatter war der Abg. Major. Der Verfassungsausschuß prüfte unter dem Vorsitz des Abg. Mataj die Angelegenheit der Staatsprache. Darauf erfolgte die Erörterung des Dringlichkeitsantrages des Abg. Samorski, der besagt, daß den unbeschuhten Mönchen die Klostergebäude in Dubno übergeben werden sollen. Dieser Antrag wurde dem Unterausschuß überwiesen.

Neue Unruhen in Italien.

Rom, 28. Juli. Infolge der Verzichtleistung auf die Kabinettsbildung durch Bonomi hat die Kabinettsskrise eine erneute schwere Verschärfung erfahren. Die Rechtsparteien mit Giolitti an der Spitze sehen den einzigen Ausweg aus der Lage in der Auflösung des Parlaments und der Bildung eines Nachkabinetts. Mussolini drängt ebenfalls auf beschleunigte Ausscheidung der Wahlen, um eine Verstärkung der faschistischen Deputierten herbeizuführen, welche trotz ihrer großen Unabhängigkeit im Parlament durch kaum 32 Abgeordnete vertreten sind. Die Namen der Kandidaten, die für den Ministerpräsidentenposten gegenwärtig am meisten genannt werden, sind Merda de Nivola und Ferri.

Rom, 28. Juli. Die Vertreter des Senats der Deputiertenkammer nannten dem König als am meisten geeignet für die Bildung des Kabinetts den liberalen Sozialisten Medea. Dieser, der gegenwärtig in Mailand weilt, wurde telegraphisch nach Rom berufen.

Berlin, 28. Juli. Aus Italien wird über neue Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und Faschisten berichtet. In Rom demonstrierten die Faschisten das Gebäude der Handelskammer und stießen es in Brand, weil ein Faschist von der Gegenpartei getötet wurde. In Rimini kam es zu Straßenkämpfen. Ebenso fanden in Ravenna blutige Straßenkämpfe statt, die viele Opfer erforderten. Bei den Zusammenstößen in Ravenna schritt die Polizei ein. Sie wurde von der erregten Menge mit Salven begrüßt. Die Polizei schoß darauf aus Gewehren, wobei 15 Personen getötet und viele verwundet wurden.

Sowjetrussland.

Trotki und der Rapallovertrag.

Nowo, 28. Juli. Über den Rapallovertrag sagt Trotki, daß Russland unabhängig von den Ergebnissen der Genoa-Konferenz entschlossen sei, alle von ihm anerkannten internationalen Verpflichtungen strikt und gewissenhaft zu erfüllen und die vorher angekündigte Privatinisiativ in der Staatswirtschaft zu unterstützen, erbringt aber zugleich sachlich den Beweis, daß die Sowjetrepublik eine vollendete Tatsache sei, daß sie ihre Methoden und ihre Grundsätze habe, mit denen der Westen rechnen und denen er sich anpassen müsse. Deutschland und auch das übrige Europa unterscheidet sich von Russland in den Ansichten über das Recht des Privateigentums. Auf diesen Grundsätzen sei Russland bereit, mit allen Staaten Verträge abzuschließen, und alle Gerichte über einen Geheimvertrag und ein Militärbündnis seien natürlich nur Geschwätz, dem niemand Glauben schenken könne.

Brockdorff-Manhau deutscher Botschafter für Moskau.

Berlin, 28. Juli. Wie wir erfahren, ist für den Posten des deutschen Botschafters in Moskau der ehemalige Außenminister Graf Brockdorff-Manhau vorgeschlagen worden. Der Geehrte war einer derjenigen, der in der feisten Überzeugung von der Unmöglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages die Unterschrift des Vertrages ablehnte. Die Ernennung des Grafen Brockdorff-Manhau soll in diesen Tagen unterzeichnet werden. Die Sowjets sind angeblich mit seiner Ernennung einverstanden.

Aus Irland.

Dublin, 27. Juli. Die Truppen des Freistaates besetzten die Stadt Castlebar. Die Aufständischen zogen sich in völliger Unordnung in die Richtung nach Cork zurück. Die Delegation der Aufständischen begab sich nach Dublin, um der Regierung Friedensvorschläge zu machen. Die provisorische Regierung will jedoch die Kriegsschritte erst einstellen, wenn sich die Republikaner ohne Vorbehalt ergeben.

Paris, 28. Juli. "Matin" berichtet, daß die irischen Aufständischen eine völlige Niederlage erlitten hätten. Hervorragende Persönlichkeiten aus Cork sollen sich mit Friedensvorschlägen nach Dublin begeben haben.

Deutschlands Verarmung.

Schließung des Berliner Zoologischen Gartens.

Die Röte der deutschen Zoologischen Gärten sind in den Kriegs- und Nachkriegsjahren immer größer geworden. In zahlreichen Städten haben die Tierparks unter der erdrückenden Last ihrer Finanzsorgen die Tore geschlossen. Nur Berlin hat an den Spitzen weniger Städte all die schweren Jahre durchgehalten. Was schon im Vorjahr drohte, es ist jetzt, eine Folge der wachsenden Marktentwertung, zur Tatsache geworden; die Notlage des Berliner Zoologischen Gartens wird zum ersten Male in der Öffentlichkeit in Erweckung treten. Schon im Vorjahr drohte dem Unternehmen Gefahr, die nur dadurch abgewendet werden konnte, daß der Staat und Groß-Berlin selbst eine erhebliche finanzielle Unterstützung gewährten. Inzwischen verging ein Jahr, in dem die Löhne und die Preise für Gütermittel für die Tiere von Monat zu Monat stiegen. Als jetzt der von dem Personal des Zoologischen Gartens angerufene Schließungsausschuß die Direktion zu einer abormaligen Lohn erhöhung bestimmte, stellte es sich heraus, daß der Staat des Zoologischen Gartens durch diese neuen Lohn erhöhungen um Millionen überschritten wurde. Infolge dieses Ergebnisses sieht sich nun die Direktion des Zoo gezwungen, ihren Garten am 1. Oktober über den Winter zu schließen, um ihn erst wieder am 1. April für das Sommerhalbjahr zu öffnen. Das Aquarium soll jedoch auch das Winterhalbjahr über geöffnet bleiben.

4000 deutsche Zeitungen eingegangen.

Wie der Hauptredakteur der "Kölner Volkszeitung", Dr. Höber, feststellte, haben bisher infolge der schwierigen Verhältnisse 3800 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. Mit 1. Juli haben weitere 200 Zeitungen und Zeitschriften zu erscheinen aufgehört, so daß bereits 4000 deutsche Blätter dem Niedergang der deutschen Wirtschaft zum Opfer fielen. Welcher Verlust für die allgemeine Kultur damit verknüpft ist, läßt sich kaum ermessen.

Lebensnotwendigkeit

Ist heutzutage mehr denn je das Lesen einer gut unterrichteten, großzügig geleiteten, reichhaltigen Tageszeitung, die sowohl zu den großen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart mannhaft Stellung nimmt, als auch den kleineren Begebenheiten des Alltags diejenige Beachtung schenkt, die das öffentliche Interesse erfordert.

Wer eine solche Notwendigkeit

außer acht läßt, weil ihm vielleicht das Abonnement zu teuer geworden ist — auch die Zeitung kann bei der allgemeinen Geldentwertung nicht mehr billig sein — oder weil er glaubt, im Sommer während der Ernte, während der Ferien, während sonstiger Ablenkungen keine Zeit zum Zeitungslesen mehr zu haben, der schadet sich und seinem Volkstum in nicht wieder gut zu machender Weise, denn er verliert dabei den Faden der Geschichten und tappt ganz und gar im Dunkeln.

Aus dem Lausenden bleiben

aber ist unbedingt notwendig, und dies erreichen Sie am sichersten durch ständigen Bezug des "Posener Tageblattes", auf das jederzeit Bestellungen entgegenommen werden durch jedes Postamt, jede Zeitungsgeschäftsstelle sowie die Hauptgeschäftsstelle ul. Zwierzyniecka 6 in Posen,

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. Juli.

Die Teuerungswelle auf den Weltmärkten.

Das Statistische Amt in Berlin veröffentlicht statistische Angaben, die die gegenwärtige Teuerungslage in verschiedenen europäischen Staaten betreffen. Aus diesen Angaben geht hervor, daß die Teuerung in Central-europa ständig steigt, in anderen Ländern dagegen fällt, und daß die Marktpreise dort die Tendenz zeigen, auf den Stand der Kriegspreise zu sinken. In England verringerten sich die Preise für Lebensmittel und Produkte vom April d. J. ab bis Mai um 2½ Prozent. Die Ausgaben einer einfachen englischen Familie verringerten sich im Vergleich zum Jahre 1920 um 34 Prozent. In Amerika nähern sich die Preise für Lebensmittel immer mehr den Preisen der Kriegszeit. Im März überstiegen die Preise für Lebensmittel die Kriegspreise nur um 36 Prozent; in Kanada überstiegen die Ausgaben für eine einfache Familie im März d. J. die Kriegspreise um 42 Prozent, in Frankreich, Belgien und Italien stellt sich die Lage nicht ganz so günstig dar. Sie bessert sich jedoch in jedem Monat ständig. Im März d. J. blieben die Ausgaben für eine Familie etwas hinter den dreifachen Preisen der Kriegszeit zurück; auch in der Schweiz erfolgte eine bedeutende Preisherabsetzung. Dasselbe macht sich in Holland und Norwegen bemerkbar. In Polen dagegen waren die Preise gemäß den Berechnungen des Statistischen Amtes von Berlin im Januar 1922 für eine einfache Familie 489 mal größer als vor dem Kriege, in Österreich dagegen 852 mal; in Rußland erreichten die Preise phantastische Höhe. Im April d. J. mußte eine Familie in Moskau zur Stillung der elementarsten Bedürfnisse über 30 Millionen Sowjetrubel ausgeben. Ein Pfund Schwarzbrot kostete im April in Odessa 92 000 Rubel, in Moskau 85 000 und in Petersburg 78 000 Rubel.

X Warnung vor Schwindlern. Um mühelos Geld zu verdienen, sind eine Anzahl Schwindler auf einen neuen Trick zum Schaden Deichtoldsdorfer in Polen verfallen. Als Opfer suchen sich die Gauner anscheinlich hauptsächlich von Polen abwandernde Deutsche und Bewohner des abgetrennten Gebietes aus, die sie zur Umgehung der polnischen Devisenbestimmungen zu verleiten suchen. Dazu sie damit Erfolg haben, geht aus in Danzig vorliegendem Material hervor. In einem Falle gaben sich, wie Danziger Blätter berichten, die Schwindler als Agenten einer Danziger Devisenmutterfirma aus, nahmen Geld zur Ausführung und quittierten auf gefälschten Quittungssformularen. Sind die Geprüften dann in Danzig oder in Deutschland und wollen ihr Geld abheben oder überwiesen haben, so müssen sie zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sie ganz gerütteten Schwindlern in die Hände gefallen sind. Es ist unnötig, zu erwähnen, daß Devisenmutterfirmen in Danzig nicht daran denken, einen derartigen Geschäft auszuführen.

Schnell gefaßt. Wir berichteten gestern von einem Diebstahl von 900 000 M., die einer Frau gestohlen worden waren, die diese Summe zur Aufbewahrung erhalten hatte. Die Diebin ist nunmehr ermittelt worden. Es handelt sich um eine gewisse Helene R.

Ein sehr wertvolles Zigarettenetui ist einer Diebin abgenommen worden. Das Etui ist aus Silber und mit Brillanten und verschiedenen anderen Steinen besetzt. Darunter befindet sich ein großer chinesischer Stein in Form einer Perle. Außerdem ist das Etui mit Offizierszeichen vom polnischen und deutschen Heere geschmückt. Die Regimentsnummer ist undeutlich. Es soll sich um das 36. oder das 336. Regiment handeln. Das Etui trägt das Datum 11. 11. 1918 und ein goldenes Monogramm "M. J.". Der Geschädigte soll in Pommerschen zu Hause sein. Interessenten können sich im 4. Polizeirevier zwecks Besichtigung einfinden.

Der falsche Gasgeldklassierer. Festgenommen wurde ein gewisser Feliz M., der, als er in einer Wohnung das Gasgeld einlösen wollte, auf Verlangen keine Ausweispaßiere vorzeigen konnte, als falscher Gasgeldklassierer entlarvt wurde.

Große Einbruchsdiebstähle. In das Magazin des Großpolnischen Roten Kreuzes, Wall Kosciuszko 4, sind Einbrecher eingedrungen und haben verschiedene Polen Leinwand, Wäsche und Schuhzeug im Gesamtwert von 2 Millionen Mark gestohlen. Einer gewissen Stanislaw K., ul. Kamiakowa (Wrangelstr.) 5 wohnhaft, ist mittels Einbruchs Wäsche im Gesamtwert von 100 000 M. gestohlen worden.

Lazarettdiebstahl. Einer gewissen Maria B., ul. Chelmnostraße (Helmholtzstraße) 8 wohnhaft, augenscheinlich im Städtischen Lazarett, sind im Lazarett zwei goldene Ringe im Gesamtwert von 12 000 M. entwendet worden.

Dachrinnendiebstahl. Vom Dache des Hauses ul. Gogolstraße (Glogauer Straße) 18/79 sind 18 Meter Dachrinne aus Zink und 4 Meter Zinkrohr entwendet worden.

Taschendiebstahl. Auf frischer Tat ergriffen wurde ein elf Jahre alter Burschchen, das sich in der Geschicklichkeit üben wollte, einen ahnungslosen Bürger um etwas zu erleichtern.

In Schuhhaft genommen wurden der Mechaniker Jan K., der Arbeiter Jan N., aus Schrimm gebürtig, und der Tischler Jan S., da sie in angehobtem Zustande lärmten.

Festgenommen wurden: eine Person wegen Diebstahls, 10 Prostituierte und ein gewisser Josef M., der im Verdacht steht, eine größere Geldsumme gestohlen zu haben.

* Kirche, 28. Juli. Der Kaufmann W. Hauf, welcher gelegentlich eines Ausflugs nach den Franzosenbergen im Treffer Neben der staatlichen Post sich von der Gesellschaft entfernt und verirrt hatte, ist nach drei Tagen von Holzfällerleuten in der sogenannten Franzosenklucht als Leiche gefunden worden. Ein Herzschlag hatte den noch rüstigen und allgemein geschätzten Herrn unerwartet den Seinen entrissen. Welche Beerdigung er gehabt, zeigte das große Trauergeschehen bei der Beerdigung, woran sich auch etwa die Hälfte der polnischen Mithörer beteiligte.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Lodz, 27. Juli. Der geschicklich denkwürdige Tag des 6. August, an dem die ersten Schülern Josef Piłsudski den Grenzkorridor durchbrachen und den Kampf um die Unabhängigkeit Polens aufnahmen, soll auch in diesem Jahre wieder feierlich begangen werden. Ein Komitee hat in dieser Angelegenheit schon einige Beratungen abgehalten. Am 28. 8. fand in Lodz auch eine zahlreich besuchte Versammlung gewesener Legionäre statt, in der Rechtsanwalt A. Wilk den Vorsitz führte und Herr J. Kukowski als Sekretär fungierte. In der Versammlung wurde die Frage der Teilnahme an den Krakauer Feierlichkeiten am 6. und 7. August und der Feierlichkeiten in Lodz besprochen. Während der Diskussion entstand das Projekt, in der Lodzer Wojewodschaft einen Verband gewesener Legionäre zu organisieren. Es wurde eine aus sieben Personen bestehende Kommission gewählt, die sich mit den Vorbereitungen zum Kongress in Krakau und mit der Organisierung des Verbandes gewesener Legionäre befaßt soll.

Aus Polisch-Schlesien.

* Myślowitz, 27. Juli. In vergangener Nacht wurde die neue Kirche von Einbrechern heimgesucht. Den Buben fielen eine Monstranz und zwei wertvolle Messkelche in die Hände.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	27. Juli	28. Juli
4proz. Präm.-Staatsanl. (Milj. nowa)	—	140—152½ + N
Bank Centralny	300 + A	280 + A
Kmielecki, Potocki i Sta.	—	295—300 + A
Bank Pognatowska	—	170 + N
Bank Przemysłowa (exkl. Kup.)	200 + A	200 + A
Bank Spółek Garb. I.—IX. Em.	—	220 + N
Polski Bank Handlowy, Poznań	315 + N	315 + N
Pozn. Bank Ziemięć I.—IV. Em.	190 + A	180 +
Arcena	—	350 +
R. Baranowski	185 + N	185 + A
Browar Królewski	1250 + N	1250 +
G. Cegielski I.—VIII. Em.	200—210 + N	210 + N
Centrala Rolników I.—V. Em.	175 + N	—
Centrala Słoty	280 +	—
Hurtownia Drógerjyna	145 + N	150 + N
Hurtownia Słoty I.—II.		

